

Klassengrössen: «Nur ungerne zugestimmt.»

Stefan Oester,

Grossrat im Wahlkreis Mittelland Süd



Die EDU tritt mit den sechs Kernthemen «Familie, Bildung, Umwelt und Energie, Wirtschaft und Finanzen, Landwirtschaft, Sicherheit» zu den Grossratswahlen 2014 an. Aktuell nimmt Stefan Oester, EDU-Grossrat mit dem Ressort Bildung, Stellung zu den Sparmassnahmen im Schulbereich.

Stefan, die EDU beschreibt die Bildung als «eines der wertvollsten Güter der Schweiz». Nun hat die Berner Erziehungsdirektion vom Grossen Rat einen weiteren

Sparauftrag erhalten. Mittels Klassenvergrösserung von durchschnittlich 19.2 auf 19.7 Schülerinnen und Schüler sollen rund 120 weitere Klassen geschlossen werden. Wie schätzt du die aktuelle Situation ein? Einerseits bist du als Grossrat gefordert, Sparmassnahmen mitzutragen, andererseits willst du als Verantwortlicher des Ressorts Bildung in der EDU-Fraktion das wichtige Gut der Bildung fördern.

Die Sparrunde war für uns alle eine Herausforderung und innere Zerreissprobe. Ursprünglich hatte die rot-grüne Regierung dem bürgerlich dominierten Grossrat ein Sparpaket unterbreitet. Die Bürgerlichen ihrerseits wollten den Sparauftrag ernst nehmen und haben ebenfalls ein Massnahmenpaket mit anderen Prioritäten geschnürt. Wichtig war, am Schluss eine Mehrheit zu haben. Bei den Klassengrössen haben wir nur ungerne zugestimmt. Uns ist bewusst, dass die Umsetzung nicht sofort stattfindet. Aber die Zielvorgabe, die Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse etwas anzuheben, sollte da sein. Selbst Experten sind sich uneinig, wie stark sich die Klassengrösse auf die Leistung auswirkt. Diese offene Sachlage hat uns bewogen, die Sparmassnahme mitzutragen.

Durch Lobbying haben Behinderteninstitutionen, Altersheime und Spitex teilweise bedeutende Reduktionen der ursprünglich vorgesehenen Sparpensen erreicht. Nun hat die Finanzkommission bei den Klassengrössen neues Potenzial ausgemacht. Bezahlen die Schulen den Preis für die abgewehrten Sparmassnahmen? Oder wäre der Bildungsbereich im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) ohnehin mit solchen Sparvorgaben konfrontiert worden?

Vor und während der Novembersession wurde stark lobbyiert, obschon bereits klare Signale vorhanden waren, wo und wie gespart werden sollte. Im interkantonalen Vergleich hat Bern leicht unterdurchschnittliche Klassengrössen. Daher hat die Finanzkommission die Massnahme der Klassenvergrösserung auf erste Priorität gesetzt. Aber es ist zu einfach, verschiedene Sparbereiche gegeneinander auszuspielen. Jeder Bereich muss separat durchleuchtet werden. Die Erziehungsdirektion hat die Angebots- und Strukturüberprüfung auch ihrerseits durchgeführt und Sparvorschläge eingebracht, welche teilweise überwiesen wurden. Andere Sparaufträge, etwa beim Programm «Bildung und Kultur» oder bei der Verwaltung, haben keine Mehrheit gefunden. Hier wäre noch Sparpotential vorhanden. Es gibt rund 160 Sparvorschläge, dies entspricht der Anzahl der Mitglieder im Grossen Rat, aber eine Mehrheit zu finden, ist eine schwierige Angelegenheit.

Fragen: Thomas Kuhn, Redaktor